

DIE „2026 NATIONAL DEFENSE STRATEGY“- AMERIKA WILL SEINE MACHT AUSÜBEN

Während der letzten Wochen haben die Entführung des venezolanischen Präsidenten, der Anspruch von Donald Trump auf Grönland und die Proteste im Iran die internationalen Schlagzeilen beherrscht. Dabei blieb weitgehend unbeachtet, dass das amerikanische Kriegsministerium (Department of War) ein wegweisendes Dokument darüber herausgegeben hat, wo und wie die USA ihre militärische Macht in der Welt einsetzen wollen. Unter dem Motto „Restoring Peace through Strength for a new Golden Age of America“ legt die 2026 National Defense Strategy (NDS) fest, welche Schwerpunkte Washington gegenüber Freund und Feind setzen will. Praktisch handelt es sich um eine Durchführungsverordnung zur National Security Strategy, die Ende letzten Jahres herausgegeben wurde. Das neue Dokument ist eine Richtlinie für die Entscheidungsträger im Pentagon und die Spitzen der amerikanischen Streitkräfte

Schon in der Einleitung wird festgehalten, dass die US-Regierungen in der Vergangenheit die amerikanischen Interessen vernachlässigt haben. In der Vergangenheit ist man zu leichtfertig mit Militäreinsätzen umgegangen, hat Kräfte vergeudet für Scheinprojekte und Luftschlösser (Cloud-castle abstractions) wie eine „Regel-basierte Ordnung“. Der für wirkliche Kriege notwendige Kampfgeist wurde vernachlässigt, wo es doch darum gehen muss, zu kämpfen und zu gewinnen. Als Präsident Trump vor einem Jahr sein Amt antrat, war die Nation auf wirkliche Kriege nicht vorbereitet.

Unter der neuen Führung haben die USA die stärkste Militärmacht aufgestellt, die die Welt je gesehen hat. Diese Kräfte werden nicht in „endlosen Kriegen“ oder „Regime-change“ verzettelt. Das neue Motto lautet „Friede durch Stärke“. Aber auch wenn das Ziel Frieden lautet, darf man nicht zögern, jene Kriege zu führen, die für das Land notwendig sind. Diese Politik, die sich selbst „flexibler, pragmatischer Realismus“ nennt, lässt natürlich ihrerseits sehr wohl einen breiten Spielraum offen, wann und wo tatsächlich militärische Einsätze durchgeführt werden sollen.

Wo liegen also die sichtbaren Unterschiede zur bisherigen Politik? Oberste Priorität hat die Verteidigung des US- Hoheitsgebietes (Homeland) und der westlichen Hemisphäre. Das bedeutet ausdrücklich die Verteidigung amerikanischer Interessen von Grönland über den „Golf von Amerika“ (früher Golf von Mexiko) bis zur Südspitze Lateinamerikas. Der Schutz der eigenen Grenzen spielt dabei genauso eine Rolle wie die Bekämpfung des Drogenhandels.

Unter dem Titel „Total access to Greenland is essential“ hat der Grönland- Beauftragte der Regierung und Gouverneur von Louisiana, Jeff Landry, sehr deutlich klargemacht, dass die USA Grönland brauchen, um sich und Verbündete zu schützen. Die Insel ist für Amerika von strategischer Bedeutung, das war schon so im Krieg gegen Nazi- Deutschland und ist es auch heute noch. Das 1951 zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark abgeschlossene Abkommen sollte dafür den geeigneten Rahmen bieten. Aber der operative Spielraum der USA muss jetzt erweitert werden, von der Errichtung neuer Militärbasen, über den Ausbau der Infrastruktur bis zur Aufstellung neuer Raketen- Abwehrsysteme. Es geht darum, feindlichem chinesischen und russischen Einfluss entgegenzutreten. „Die

Vorherrschaft Amerikas in der Arktis ist nicht verhandelbar“. Es geht darum, die Sicherheit Amerikas zu gewährleisten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Grönland bietet, auszunutzen ⁽¹⁾. Diese Ausführungen von Jeff Landry stehen voll und ganz im Einklang mit der National Defense Strategy, wo „nationale Interessen“ auf jeder Seite erwähnt werden.

Eine Neuorientierung liegt auch darin, dass der Stellenwert, den man Allianzen zuschreibt, offen dargelegt wird. Hoffen wir doch ausgesprochen, dass man Verbündeten vor allem eine dienende Rolle überträgt. Zumindest seit John Foster Dulles erachtete man vielfach Allianzen als Ziel an sich. Potentiellen Gegnern in Europa oder Asien sollte man gemeinsam entgegentreten. Nunmehr werden Verbündete offen daran gemessen, wie nützlich sie für die USA sind. Der Maßstab dabei ist klar: Alliierte müssen den USA mehr nützen als sie kosten. Sie müssen für die eigene Verteidigung primär selber aufkommen und die dafür notwendigen Waffen, wenn möglich, in den USA kaufen.

Auch was China betrifft gibt es in der NDS eine neue Ausrichtung. Peking wird nicht mehr als Feind dargestellt, der bekämpft werden muss, es geht vielmehr um „Abschreckung durch Stärke“. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr bei einer direkten Konfrontation, es sollte vielmehr verhindert werden, dass China den USA überlegen wird. Welchen Unterschied diese Politik in der Praxis macht, ist weitgehend unklar, aber die Absicht, die Beziehungen wieder mehr auf eine geschäftliche Basis zu stellen, ist klar. Taiwan wird im neuen Text nicht namentlich erwähnt, die bilaterale Kommunikation soll im diplomatischen und militärischen Bereich verbessert werden.

Sehr wohl gegen China ist die Wiederbelebung der Monroe Doktrin ausgerichtet, wo es darum geht, ausländische Einflüsse in der Hemisphäre zurückzudrängen. China ist in den letzten Jahren in Süd- Amerika sehr dominant geworden. Gab es vor zwei Jahrzehnten noch kaum einen bilateralen Handel, so betrug der Warenaustausch zwischen China und den Ländern Lateinamerikas 2024 bereits \$ 500 Milliarden. Chinesische Konzerne kaufen Kupfer in Peru und Lithium in Argentinien; sie versorgen ganze Städte mit Strom und kontrollieren zahlreiche Häfen. Die Hälfte der Öl- Exporte aus Venezuela geht nach China. Insgesamt ist die wirtschaftliche Präsenz Chinas in zehn von zwölf lateinamerikanischen Ländern schon stärker als jene der USA, was Handel, Kredite und Investitionen betrifft ⁽²⁾. China verkauft heute mehr Autos nach Mexiko als in irgendein anderes Land; und die Hälfte der chilenischen Exporte geht in das Reich der Mitte.

Wie auch immer man diese Situation sieht, die amerikanische Vorherrschaft in Lateinamerika ist nicht mehr, was sie einmal war. Ob die neue amerikanische Strategie, die auf militärischer Macht aufbaut, diese Entwicklung eindämmen kann, wird man sehen.

Auch wenn die NDS kaum Beachtung fand, der Aufschrei gegen die von Donald Trump gestaltete Außenpolitik ist gewaltig. Man spricht von einer „Neuen Weltordnung“, so, als hätte es vorher keine Verletzungen des Völkerrechts gegeben. Dabei war der Einmarsch in den Irak 2003 genauso völkerrechtswidrig wie die Bombardierung Serbiens einige Jahre vorher, um nur zwei von vielen Beispielen zu nennen, die William Blum in seinem Buch anführt ⁽³⁾. Und Nicolas Maduro wurde schon unter Joe Biden von einem US- Gericht verurteilt und zur Fahndung ausgeschrieben. Die NDS spricht offen aus, was vorher hinter einem Nebelschleier frommer Phrasen geschehen ist. Die USA haben die Einigung Europas immer dann unterstützt, wenn sie diese kontrollieren konnten. George W. Bush hat den Einmarsch in den Irak noch damit gerechtfertigt, „ Demokratie in der Region zu verankern“. Donald Trump hingegen erklärt ganz offen, dass es in der Venezuela- Politik vor allem um Geschäfte geht. Tatsächlich haben sich europäische Politiker und europäische Medien in

den letzten Jahren in einem Wunschdenken nach dem Motto „Was nicht sein darf auch nicht sein kann“ verfangen. Vielleicht kann die NSD dazu beitragen, wieder zur Realität zurückzufinden.

Anmerkungen

- (1) Jeff Landry, New York Times, January 31st 2026
- (2) Francisco Urdinez; Pontifical Catholic University of Chile
- (3) William Blum; L'État voyou; Bruxelles 2019

()Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor
www.wendelinettmayer.at*